

„Vorsicht vor einfachen Lösungen“

Markus Meckel war 1990 Außenminister der DDR und hat die Einheit mitverhandelt – Bei der Geschichtsmesse in Suhl spielt der „diskrete Charme der Diktatur“ eine Rolle

VON GERLINDE SOMMER

SUHL/BERLIN. Mit der Gefährdung der Demokratie beschäftigt sich die Geschichtsmesse in Suhl. „Der diskrete Charme der Diktatur?“ wird kritisch beleuchtet. Mit dabei ist Markus Meckel, der Ratsvorsitzende der Bundesstiftung Aufarbeitung, der dort über Chancen der Demokratievermittlung im 100. Jahr der ersten deutschen Demokratie spricht.

Jüngst hat Helmut Holter, der neue Bildungsminister Thüringens und derzeit Vorsitzender der Kultusministerkonferenz (KMK), vorgeschlagen, wieder verstärkt auf Ost-West-Schüleraustausch zu setzen. Was halten Sie davon?

Es hat mich sehr erinnert an meinen Vorschlag Anfang der 1990er Jahre. Der damalige Kanzler Helmut Kohl hatte damals das Innerdeutsche Ministerium just in dem Moment abgeschafft, in dem es endlich eine ordentliche Aufgabe gehabt hätte: zwischen Ost- und West-Bevölkerung mehr Austausch, Kenntnis und Bewusstsein zu schaffen. Heute, fast 30 Jahre später, bin ich skeptisch.

Warum?

Wenn, dann muss man diese Schülerbegegnung weiter fassen. Ich wäre dafür, angesichts der miserablen zeitgeschichtlichen Bildung von Schülern aus Ost und West einen neuen Akzent zu setzen und es europäisch gestalten. Man sollte öffentlich finanzierte Projektwochen und Reisen auf den Spuren der Geschichte des 20. Jahrhunderts in die Lehrpläne einbauen – also Fahrten nach Polen, Lettland, Russland ... Nur auf deutsch-deutschen Austausch würde ich das nicht beschränken wollen, wenn es um unaufgearbeitete Geschichte geht.

1990 wurde derjenige, der sagte, bis zur inneren Einheit werde es ein Vierteljahrhundert oder länger dauern, belächelt. Wie haben Sie das damals eingeschätzt?

Als ich Ende 1990 in den Bundestag ging, geschah das in dem Bewusstsein, dass wir die staatliche Einheit erreicht hatten, aber dass die eigentlichen Aufgaben noch vor uns liegen würden. Und dass das eine Generation braucht, davon war ich fest über-

„Es geht nicht mit dem Kopf durch die Wand, sondern man muss seine Interessen organisieren, muss Aushandlungsprozesse anstoßen.“

Markus Meckel zur Bedeutung des Kompromisses in der Politik

zeugt – und wie wir inzwischen wissen, dauert es noch länger.

Woran liegt das?

Nicht zuletzt an den großen Defiziten in diesem Transformationsprozess. Gerade auch die damalige Bundesregierung glaubte, es gehe nur um die staatlichen Strukturen. Schon damals inszenierte sich Helmut Kohl als „Kanzler der Einheit“, der diese gemacht habe. Das ist eine zumindest irreführende, letztlich absurde Aussage, aber sie wird auch heute noch öffentlich zelebriert.

Inwiefern ist das irreführend?

Es macht vergessen, dass die Deutsche Einheit verhandelt werden musste – und wurde. Die Ostdeutschen waren die treibende Kraft des ganzen Prozesses. In der friedlichen Revolution wurde das Tor zur Einheit geöffnet. Dann aber brauchte es einen legitimierte Verhandlungspartner im Osten – also Demokratie! Über den Runden Tisch kamen wir zu freien Wahlen und einer demokratisch legitimierte Regierung. Diese hat, begleitet durch die frei gewählte Volkskammer, die notwendigen Verhandlungen geführt – mit der Bundesregierung und mit den Alliierten in den 2+4-Gesprächen. Die Volkskammer hat den Beitrittsbeschluss gefasst. Der ostdeutsche Anteil an diesem Prozess zur Einheit ist bis heute weder angemessen er-



Einen Blick zurück wie hier bei der Ausstellung „Plätze der Demokratie“ 2009 in Suhl gibt es jetzt auch bei der dortigen Geschichtsmesse an diesem Wochenende. Dabei wird der „diskrete Charme der Diktatur“ kritisch beleuchtet. Zudem geht es um die Herausforderungen in der Demokratie. Foto: Rüdiger Galle

forscht noch gewürdigt worden. In gewisser Weise ist durch diese Art der Darstellung bei vielen im Osten auch der Eindruck entstanden, man sei gewissermaßen besetzt worden. Ich sehe da ein doppeltes Problem: einerseits die Darstellung durch die Regierung Kohl und andererseits bei den DDR-Bürgern selbst.

Viele DDR-Bürger wollten die Einheit um jeden Preis?

Ja. Sie waren an den Verhandlungen, die wir in ihrem Interesse führten, gar nicht interessiert. Die Mehrheit der DDR-Bürger wollte die „Einheit sofort“, denn sie hoffte darauf, dass „Einheit sofort“ auch „Wohlstand sofort“ bedeutet. Die von Kohl versprochenen „blühenden Landschaften“ verstärkten diesen Prozess.

Diese Stimmung ging zulasten des Verhandlungsspielraums?

Ja. Wer zwei so unterschiedliche gesellschaftliche Strukturen zusammenbringen will, muss sie aushandeln. Wir waren natürlich der schwächere Partner und zudem noch unerfahren. Die Bundesregierung wiederum verfolgte eigene Interessen. Unser Anliegen in dieser Regierung war, die Interessen der DDR-Bürger möglichst stark zu machen. Uns wurde aber von den eigenen Bürgern mit jedem Verhandlungstag signalisiert, dass wir nur die Einheit verzögern würden ...

Ging es nur um das Wohlstandsversprechen, das die Menschen die Einheit herbeisehen ließ, ohne die Verhandlungen zu nutzen? Oder steckt hinter diesem Verhalten nicht auch ein Stück DDR-Erfahrung?

Richtig. Man hatte in der Schule gelernt, dass die CDU die Partei des Kapitals ist – und da dachten die Leute: Das brauchen wir jetzt. Dazu kommt, dass DDR-Bürger es schlicht nicht gewohnt waren, dass sie ihre Verhältnisse selbst in die Hand nehmen können. In einem kommunistischen Land gehörte es zum Grundwissen: Wer sich zuerst bewegt, bekommt eins auf den Kopf. Und wer den Kopf rausstreckt, der hat ein Problem. Diese Mentalität hat sich nur

langsam verändert – und manche haben sie bis heute nicht verloren.

Wie hat sich das gezeigt?

Als Bundestagsabgeordneter war ich viel unterwegs im Osten und habe den Menschen gesagt: Leute, organisiert euch! Ihr habt jetzt alle Möglichkeiten. Aber oft habe ich gemerkt, dass die Haltung vorherrschte: Wir warten ab. Alles Gute kommt von oben ... Am Stammtisch wird dann darüber diskutiert, statt die Möglichkeiten der Partizipation mehr zu nutzen. Ein zweiter Punkt ist die Diskreditierung des Kompromisses als Verrat an der eigenen Überzeugung.

Wieso ist der Kompromiss so wichtig in einer demokratischen Gesellschaft?

Der Kompromiss ist die Seele der Demokratie. Es gehört dazu, dass man mit anderen etwas macht. Es geht nicht mit dem Kopf durch die Wand, sondern man muss seine Interessen organisieren, muss Aushandlungsprozesse anstoßen. Das dauert; und dabei wird man nicht alles durchsetzen. Aber diese Art des Vorgehens hat ein Ostdeutscher zu DDR-Zeiten nicht gelernt – und mancher ist bis heute nicht in diese Art des politischen Umgangs hineingewachsen.

Dem Parlamentarismus wird oft misstraut, und die im Parlament ausgetragenen Wortgefechte werden negativ bewertet – nach dem Motto: Einigt euch auf einen sinnvollen Vorschlag und seid dann alle dafür! Was spricht dagegen? Streit gehört zur Demokratie ebenso wie der Kompromiss.

Pfarrer, SDP-Gründer, Außenminister

- Markus Meckel, Jahrgang 1952 und gebürtiger Brandenburger, war nach der ersten freien Wahl in der DDR am 18. März 1990 vom 12. April bis zum 20. August 1990 Außenminister. In seiner Amtszeit war er als Außenminister gemeinsam mit Hans-Dietrich Genscher einer der Vertreter der beiden deutschen Staaten bei den Zwei-plus-Vier-Gesprächen mit den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs.
- Der evangelische Theologe hatte sich bereits seit den 1970er Jahren in der DDR-Opposition engagiert und

Am besten lernt man diese grundsätzlichen demokratischen Verhaltensweisen, indem man sich selbst einbringt, etwa in der Kommunalpolitik. Sie ist die Schule der Demokratie. Schwierig ist dies alles auch deshalb, weil Parteimitgliedschaften ebenfalls diskreditiert sind. Es fehlt an einem Bewusstsein,

„Man muss die Probleme offen benennen, die in der Realität da sind. Wirklichkeitsverweigerung hat noch nie geholfen.“

Markus Meckel zu Themen, die in der Politik ausgespart werden

dass die Parteien die wesentlichen Instrumente sind, um politische Prozesse voranzubringen.

Und was ist, wenn diese Menschen Ihrem Rat folgen und sich jetzt in der AfD engagieren?

Das ist jedenfalls besser, als sich einfach zurückzulehnen. Was in der Bevölkerung als Haltung da ist, sollte sich auch im Parteinahmenspektrum entsprechend niederschlagen. Dann kann man sich damit inhaltlich auseinandersetzen.

Und was sagen Sie zu Pegida?

Grundsätzlich ist es positiv, wenn inhaltliche Positionen sich in Bewegungen öffentlich zeigen. Dabei sind deren inhaltliche Positionen das Gestalt gewordene Ressentiment gegen Menschen, die anders sind. Das ist gefährlich. Hier werden Ängste mobilisiert. Angst vor Überfremdung – und diese Angst vor Ausländern ist gerade dort am größten, wo am wenigsten Fremde sind. Das erinnert

mich an einen Antisemitismus, der auch groß ist ohne Juden. Doch sollte man diese Bürger nicht ausgrenzen, sondern mit ihnen reden. Es gilt, ihre Ängste ernst zu nehmen, mit ihnen ins Gespräch zu kommen und für eine differenziertere Wahrnehmung der Wirklichkeit zu werben. Das ist natürlich schwer.

Sehen Sie da ein Versagen der Politik?

Gerade auch die große Koalition der letzten Jahre hat ihren Job inhaltlich oft gar nicht so schlecht gemacht, aber sie hat zu wenig ihre Politik erklärt. Vernachlässigt wurde oft, zu verdeutlichen, warum welche Entscheidung getroffen wird. Das besser zu machen ist eine zentrale Herausforderung für die Zukunft.

„Der Spiegel“ hat jüngst Bürgerrechtler porträtiert, die jetzt im AfD- und Pegida-Umfeld engagiert sind. Gibt es aus Ihrer Sicht diesen Rechtstrend?

So einen Trend sehe ich überhaupt nicht. Wenn wir zurückschauen in die 1980er Jahre, dann fanden sich die, die sich kritisch mit der Politik der SED auseinandersetzen, in einem komplizierten Prozess zusammen. Man wusste, wogegen man gemeinsam ist, war aber in den eigenen politischen Vorstellungen durchaus sehr verschieden.

Als es dann um die Gestaltung der Demokratie ging, hat sich diese Bandbreite gezeigt. Die allermeisten sind bis heute hoch engagiert an ihrem Platz in der Gesellschaft und setzen sich weiter für emanzipatorische Fragen ein, für Menschenwürde und Menschenrechte, für internationale Solidarität, Umweltschutz und nachhaltiges Wirtschaften. Dabei kann es sein, dass der Akzent mehr auf der notwendigen Hilfe für Flüchtlinge liegt, deren Würde vielfach verletzt wird, während andere mehr die Grenzen der Belastbarkeit des Gemeinwesens in den Blick nehmen. Das sind legitime Positionen im politischen Spektrum. Um nur ein Beispiel zu nennen: „Der Spiegel“ hat in diesem Zusammenhang des vermeintlichen Rechtsrucks auch Michael Beileites genannt, den ich gut kenne. Er ist ein hochaktiver, hochintelligenter Mann, der die Werte, für die wir uns damals einsetzen, nach wie vor teilt, aber natürlich auch manches an der Regierung kritisiert. Er wird dort in die völlig falsche Ecke gestellt.

Bei der Geschichtsmesse in Suhl wird über den „diskreten Charme der Diktatur“ zu reden sein. Worin besteht denn dieser diskrete Charme?

Darin, dass man den Verstand abgibt. Es ist eine Versuchung, den einfachen Lösungen nachzugeben. Wir Menschen wollen es möglichst leicht haben. Wer uns große Versprechungen macht, die gefühlsmäßig einseitig erscheinen, punktet schnell. Dann braucht es nur noch eine Person an der Spitze, die geschickt ist und Ausstrahlung hat ... So sind Diktaturen entstanden. Demokratien haben demgegenüber das Problem, dass Entscheidungen länger dauern, weil man sich einigen muss. Demokratie lebt vom Streit – vom Streit nach Regeln. Konflikte werden gewaltlos ausgetragen. Auch der Staat steht unter dem Recht. Das ist dann im Konkreten oft kompliziert und mühsam. Das Problem mit den leichten Lösungen aber ist: Sie sind gefährlich – und keine wirklichen Lösungen.

Nicht wenige Menschen haben den Eindruck, die Politik drücke sich um wichtige Themen und spreche unangenehme Dinge nicht an, belege sie vielmehr mit einem Tabu.

Das ist in der Tat ein Problem. Auch Politiker sind Menschen, die es oft lieber leichter haben. Es darf aber in der Politik keine

Tabus geben. Man muss die Probleme offen benennen, die in der Realität da sind. Wirklichkeitsverweigerung hat noch nie geholfen. Wenn Politik sich weigert, ein Thema aufzunehmen, dann ist es gut, wenn dieses Thema aus der Gesellschaft heraus in die Öffentlichkeit gebracht und an die Politik herangetragen wird. Aber es ist natürlich auch so, dass die, die eine bestimmte Sichtweise haben, sich gefallen lassen müssen, dass andere es anders sehen.

Können Sie das an einem Beispiel deutlich machen?

Johannes Rau hat 1999, als er Bundespräsident wurde, gesagt: Im Grundgesetz steht, die Würde des Menschen ist unantastbar – und es steht da nicht, die Würde des Deutschen ... Das war schon damals eine klare Botschaft. Und natürlich war es nicht einfach, als vor zwei, drei Jahren so viele Migranten zu uns kamen, deren Würde gerecht zu werden und gleichzeitig deutlich zu machen, dass nicht alle, die in Not sind, zu uns kommen können. Alles in allem können wir aber sagen, dass diese schwierigen Prozesse nicht so schlecht gemanagt worden sind. Heute geht es darum, Regelungen auf europäischer Ebene zu finden, die diese Fragen nachhaltig und unseren Werten entsprechend steuern.

Wird die DDR mit ihren Nachwehen uns auch dann noch beschäftigen, wenn ihr Ende 50 Jahre zurückliegen wird?

Zunächst müssen wir uns klar sein: Die DDR war nur ein kleiner Zipfel der kommunistischen Welt. Um die DDR zu verstehen, muss man den Blick auf das 20. Jahrhundert und auf die Gesamtdimension des Kommunismus richten. Erst so wird die verheerende Wirkung mit Millionen Opfern deutlich. Während der Nationalsozialismus seine Aggression hauptsächlich nach außen gerichtet hat, rassistisch war und Krieg führte, betrafen die Verbrechen des Kommunismus zuerst die eigenen Bürger. Meine Antwort lautet also: Ja, die Nachwirkungen werden auch 50 Jahre nach 1989 noch Thema sein. Manche unserer östlichen Nachbarn haben ja noch nicht einmal angefangen, sich damit zu befassen. Wir müssen also nicht nur auf die DDR schauen, denn diese ist Teil dieser kommunistischen Welt. Wir brauchen viel stärker eine europäisch vernetzte Aufarbeitung der Geschichte des 20. Jahrhunderts.



Markus Meckel, Ost-SPD-Mitgründer, Außenminister a.D. Foto: Fabian Klaus

gehörte im Oktober 1989 zu den Gründern der sozialde-